

von Andreas Otto, MdA, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 17. Wahlperiode, 8. Sitzung vom 09. Februar 2012 zum Thema:

a) Senat muss endlich erklären: Berlin hat einen angespannten Wohnungsmarkt Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache 17/0128, und

b) Übersicht über Umfang und Struktur der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Berlin Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache 17/0129

Andreas Otto (GRÜNE) [zu Protokoll gegeben]:

Wohnungspolitik ist langfristig, und Wohnungspolitik braucht Weitsicht. Diese Weitsicht haben wir bei der SPD immer vermisst. Ihre Wohnungspolitik war auch nicht nachhaltig: Sozialer Wohnungsbau, der heute oft teurer ist als der Markt, GSW-Verkauf an Finanzinvestoren, Bundesratsinitiativen, von denen nie wieder etwas zu hören war. – Das sind nur einige der Erfahrungen mit der SPD-Mietenpolitik. Und auch Die Linke kommt erst, nachdem die rot-rote Regierung Geschichte ist, mit Vorschlägen. Die Linke beantragt heute allerdings erst mal eine ganze Menge Statistik.

Sehen wir uns die Drucksache 17/0129 an. Natürlich ist es interessant zu wissen, wie viele Mietwohnungen in kleinräumigen örtlichen Strukturen in Teileigentum um-gewandelt werden. Übrigens – so einen ausführlichen Umwandlungsbericht hat es vor der rot-roten Regierungsphase schon gegeben. Daten gibt es aber auch heute, die sind vielleicht nicht kleinteilig genug, könnte man ausführlicher machen. Aber im Prinzip sind doch die Zahlen klar: Es gibt Ortsteile, da wird bedrohlich viel umgewandelt, und andere, da ist das nicht relevant.

Wozu braucht man solche Zahlen? – Um sich darüber Gedanken zu machen, ob Steuerung erforderlich ist. Wir haben schon in der letzten Legislaturperiode vorgeschlagen, die Umwandlung in Milieuschutzgebieten zu be-schränken. Dort gibt es ausreichend Daten, dort gibt es teilweise den Bedarf nach Regelungen. Die Umwandlung von Mietwohnungen in Wohnungseigentum ist eine der Ursachen für die Verknappung von Mietwohnraum. Außerdem entfaltet der Erwerb von Einzelwohnungen durch Kapitalanleger einen größeren Druck auf den Mietwohnungsmarkt. Gerade in Gebieten mit Milieuschutzzsatzung müssen deshalb die Möglichkeiten zum Schutz von Mieterinnen und Mietern noch besser genutzt werden. Rot-rot hat das nicht gemacht. Wie bekommen wir jetzt rot-schwarz dazu, anders zu entscheiden? In der Drucksache 17/0029 hat die Fraktion Bündnis90/Die Grünen bereits im November einen Katalog von Vorschlägen unterbreitet. Das hat die Koalition glatt abgelehnt, denn die neue Koalition setzt wesentlich auf Wohnungsneubau. Das ist nicht falsch. Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU, verfallen Sie nicht in alte Muster! Neubau ist teuer und bewegt sich nicht im unteren Preisniveau. Bestand ist immer billiger und deshalb gera-de wichtig für Menschen mit geringen Einkommen. In der Regel gilt das sowohl für den Erwerb von Bestandsgebäuden als auch für die Unterhaltung. Kümmern Sie sich prioritär um den Bestand! Sie von der SPD haben doch plakatiert: „Mieter und Schutz“. Geliefert haben Sie in der Beziehung nichts. Neubau klingt einfach und ist schick. Der Neubau entsteht jedoch zum größten Teil auch ohne den Senat, und darüber sind wir auch sehr froh.

Worum geht es heute noch? – Die Linke verlangt auch in der Drucksache 17/0128 nach Daten. Meines Erachtens gibt es einige der Daten, nach denen Sie verlangen: Haushaltszahlen, Leerstandszahlen oder Bestandsmieten. Der Hauptpunkt des Antrags aber ist, der Senat solle eine Marktbewertung vornehmen und erklären, die ausrei-chende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen sei gefährdet. Wozu braucht man das? – Das ist die Begründung zum Erlass einer Zweckentfremdungsregelung, und das ist weiterhin eine Begründung für die Anwendung von § 5 Wirtschaftsstrafgesetz – alles irgendwie richtig, aber sehr umständlich. Nach unserer

Auffassung ist die Begründung für eine Zweckentfremdungsregelung längst gegeben. Gerade jetzt, nachdem das Bezirksamt Mitte mit anderen Kriterien gegenüber den Betreibern von Ferienwohnungen gescheitert ist, wird das noch dringlicher. Wir haben uns hier im Hause mit der Regelung in Hamburg befasst. Dort wird Zweckentfremdung verfolgt. Es ist Ländersache, das zu regeln, ob für die ganze Stadt oder für einzelne Ortsteile. Wir erwarten vom Senat, dass er endlich einen Vorschlag hier auf den Tisch legt.